

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 12

Postfach: 120 408
Telefon: (0 22 21) 21 80 38/39
Telex: 08 86 846-48 ppbn d

Inhalt

Hans Böhler MdB spricht sich dafür aus, eine gesamteuropäische Energiekonferenz einzuberufen.

Seite 1/2

Brigitte Erlor MdB fordert eine drastische Heraufsetzung der Aufnahmequote für Vietnamflüchtlinge.

Seite 3/4

Elfriede Eilers MdB kritisiert das "Vorpreschen" Baden-Württembergs in der Familienpolitik.

Seite 5

Bertold Kamm MdL sieht bei der CSU neue Anzeichen für eine "Sonthofen-Strategie".

Seite 6/7

Herausgeber und Verleger:

Sozialdemokratischer
Pressedienst GmbH
Godesberger Allee 108-112
5300 Bonn 2
Telefon: (0 22 21) 37 68 11

34. Jahrgang / 139

24. Juli 1979

Für eine gesamteuropäische Energiekonferenz

Chance zur Vertiefung des Entspannungsprozesses zwischen Ost und West

Von Hans Böhler MdB
Obmann der Arbeitsgruppe Innerdeutsche Beziehungen der Sozialdemokratischen Bundestagsfraktion

Der Vorschlag des Vorsitzenden der Sozialdemokratischen Bundestagsfraktion, Herbert Wehner, gesamteuropäische Konferenzen über die Probleme zu initiieren, die alle Industriestaaten gemeinsam lösen müssen, ist durch die jüngsten Ereignisse auf dem Energiemarkt unterstrichen worden. Eine gesamteuropäische Energiekonferenz ist notwendig und dringlich. Hiermit könnte einerseits der Prozeß gefördert und vertieft werden, der mit der Unterzeichnung der KSZE-Schlußakte begonnen hat, zum anderen könnten energiepolitische Instrumente geschaffen werden, die bilateral niemals erreichbar sein werden.

Die Vertiefung des Entspannungsprozesses hat vor allem dort Chancen, wo es sich um die Lösung von Problemen handelt, die unabhängig von der jeweiligen ideologischen und Gesellschaftsordnung sind. Alle Industriestaaten stehen auf absehbare Zeit vor der Notwendigkeit, einen wachsenden Teil ihrer Produktionskraft für die Sicherstellung der Energieversorgung aufwenden zu müssen. Dabei könnte es sich durchaus um Größenordnungen handeln, die kostspielige Umwege verbieten. Innovationsumwege und Umwege bis zur kostengünstigsten Energieversorgungsstruktur könnten die energiepolitische Handlungsfähigkeit der Industrieländer empfindlich einschränken.

Deshalb ist der [Erfahrungs- und wirtschaftliche Austausch ein sinnvoller Beitrag zur Öffnung energiepolitischer Optionen. Wenn es gelänge, durch den Austausch technischen

Wissens den Energieverbrauch pro Kopf und Produktionseinheit auf den jeweils niedrigsten Stand zu senken, gewinnen alle Industriestaaten Zeit, um fortschrittliche Energietechnologien zu entwickeln, ohne dabei vermeidbare Risiken in Kauf nehmen zu müssen. So hängt zum Beispiel Tempo und Umfang des Baus von Kernkraftwerken davon ab, ob man sich über den Kreis der Nationen hinaus, die bei den weltwirtschaftlichen Gipfelgesprächen vertreten sind, darauf verständigen kann, alle Möglichkeiten rationeller Energieverwendung zu nutzen.

Auch im Bereich der Sicherheitsvorkehrungen in Kernkraftwerken sind gemeinsame Standards wünschenswert, weil Reaktor-Störfälle in extremen Fällen zu schweren internationalen Störfällen werden können. Nicht wenige Kernkraftwerke stehen in der Nähe von Grenzen. Störfälle jedoch machen vor Grenzen nicht Halt.

Gerade vor dem Hintergrund der letzten Wochen muß es ebenfalls ein wichtiges Ziel sein, bei künftigen Knappheitserscheinungen auf dem Weltölmärkte nationale Vorratskäufe ohne Rücksicht auf die Preisentwicklung zu unterbinden. Auch dafür ist der Dialog aller Industriestaaten eine notwendige Voraussetzung.

Die Chancen für eine gesamteuropäische Energiekonferenz wird man als einigermaßen günstig beurteilen können, nachdem das sowjetische Staatsoberhaupt Leonid Breschnew bereits kurz nach der Unterzeichnung der KSZE-Schlußakte positive Äußerungen in dieser Richtung verlautbart hat. Die Äußerung des Bundeskanzlers nach seinem Zwischenaufenthalt in Moskau vor dem Weltwirtschaftsgipfel in Tokio läßt ebenfalls darauf schließen, daß aus einer Hoffnung Wirklichkeit werden könnte. Er hatte geäußert: "Ich glaube nicht, daß es angemessen wäre, wenn ich die noch nicht ganz endgültigen Vorstellungen, die die Sowjetunion auf diesem Gebiet offensichtlich hat, meinerseits veröffentlichen würde. Es ist ganz klar, daß die Sowjetunion, wenn sie nur für sich allein planen müßte, mit ihrer eigenen Energie, mit ihrer Kohle, ihrem Öl, ihrem Erdgas, ihren Kernkraftwerken, relativ unabhängig sein könnte. Aber es gibt ja noch mehr Mitglieder im Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe, andere kommunistische Staaten in Osteuropa, an die die Sowjetunion mitdenken muß, die alle gemeinsam ihre Versorgung sicherstellen müssen. Ich habe gar keinen Zweifel, daß auch die kommunistischen Staaten unter der gegenwärtigen Weltenergiekrise leiden, daß sie insgesamt Pläne machen für die Zukunft, wie sie mit ihren Versorgungsschwierigkeiten fertig werden, wobei für die Sowjetunion im Prinzip die Sache ähnlich steht wie für uns: Kohle ist außerordentlich wichtig, aber ohne Kernkraft geht es nicht."

In welchem organisatorischen Rahmen eine gesamteuropäische Energiekonferenz stattfinden kann, muß sicher noch Gegenstand sorgsamer Überlegungen und Beratungen sein. Aber es gibt keinen anderen Weg zu einer gemeinsamen Energiestrategie. Wenn diese Chance ausgelassen würde, könnte Europa zum Armenhaus werden.

Die Bundesregierung und alle anderen, die energiepolitische Verantwortung haben und es ernst meinen mit guter Nachbarschaft, sind zum Dialog und zur Vorbereitung gemeinsamen Handelns aufgerufen.

(-/24.7.1979/ks/10)

+ . + . +



Aufnahme von 10.000 Vietnam-Flüchtlingen ist zu wenig

Im internationalen Vergleich sind die Hilfsmaßnahmen der Bundesrepublik eher gering

Von Brigitte Eriar MdB

Wieder einmal versucht ein Land, auf brutale Art sein Minoritätsproblem zu lösen: Vietnam vertreibt seine Chinesen. Der internationale Protest klingt deshalb etwas hohl, weil er fast völlig ausblieb, als Ende der 60er Jahre unter umgekehrtem Vorzeichen die Indonesier hunderttausende von Chinesen abschlachteten. Der Unterschied: Damals hieß es, diese seien Kommunisten, die in einem prowestlichen Land umgebracht werden mußten, und zwar an Ort und Stelle. Heute werden Chinesen aus Vietnam vertrieben unter dem Vorwand, sie seien faule und korrupte Bourgeois.

Vietnam hat nun zugesagt, für eine geordnete Ausreise zu sorgen, aber: Ausreise bleibt, das heißt, man braucht weiter aufnahmebereite Länder. Die benachbarten Asean-Staaten sind dazu nicht bereit. Sie fürchten um ihre innere Stabilität: Malaysia und Thailand haben ihr Minoritätenproblem gerade so im Griff, die Philippinen führen seit Jahr und Tag Bürgerkrieg im Süden, und Indonesien erfreut sich der "Früchte" eines vergangenen Massakers. Auch mit großzügigen Entwicklungshilfeangeboten sind diese Länder, wie die Bundesregierung seit dem vorigen Jahr zum Beispiel bei Verhandlungen mit Thailand immer wieder erfahren mußte, nicht bereit, Flüchtlinge aufzunehmen. Denn damit würden viele sowieso sturzgefährdete Regierungen sich noch unbeliebter machen.

Die Bundesrepublik sollte deshalb - und hier sind die Länder gefordert, denn die Bundesregierung kann diese ja nur um eine Quotenerhöhung bitten, und ist auf deren guten Willen angewiesen - über die bisherigen 10.000 Plätze hinaus mindestens weitere 40.000 zur Verfügung zu stellen. Die Zahl klingt riesig, weil wir an sehr kleine Zahlen auch von Asylanten, verbunden mit einem großen Gefühl von Selbstgefälligkeit ob unserer Gutherzigkeit, gewöhnt sind: Im internationalen Vergleich müssen wir uns eher schämen. Nicht nur Einwanderungsländer wie Australien und Kanada mit 22.500 beziehungsweise 15.000 Plätzen übertreffen uns, sondern auch Frankreich hatte schon im Juni über 50.000 Vietnam-Flüchtlinge aufgenommen. Zu diesem Zeitpunkt waren es bei uns ganze 3.700. Angesichts dieser Minizahl fragt man sich auch, warum, da Tausende seit Monaten täglich erst vom Ertrinken, dann von Hunger und Krankheit in den Lagern be-



droht sind, sind es noch nicht mehr? Liegt es vielleicht daran, daß man wie in guten alten Sklavenhalterzeiten nur die gesunden und möglichst in Mangelberufen Ausgebildeten einwandern lassen will, Alte und Kranke und Ungebildete aber lieber dort läßt? Außerdem würde ein solches Verhalten den Asean-Staaten es noch mehr erschweren, auch nur Auffanglager einzurichten, wenn sie befürchten müssen, daß die Alten und Kranken bei ihnen hängenbleiben. Und das würde noch mehr Tod für die Vertriebenen bedeuten.

Empören müssen angesichts von soviel Elend und politischen Verstrickungen die Versuche des Polemikers Todenhöfer, wieder einmal wider besseres Wissen sein innenpolitisches Süppchen kochen zu wollen. Er verdächtigt die Bundesregierung, doch noch heimlich entgegen der eindeutigen Aussage des Bundeskanzlers, die für Vietnam zugesagten Entwicklungshilfegelder der kommunistischen Regierung statt den Flüchtlingen zugute kommen lassen zu wollen. Herr Todenhöfer hat nicht nur sein entwicklungspolitisches Einmaleins nicht gelernt, sondern mißachtet auch souverän alle Informationen:

1. Seit Gründung der sozialistischen Republik Vietnam 1975 hat es kein Regierungsabkommen und damit auch keine Entwicklungshilfeszusagen für Vietnam gegeben, da die neue Regierung die Berlin-Klausel in den Verträgen nicht akzeptieren will. Die 1973 Nord- und Süd-Vietnam zugesagten Hilfen von 40 Millionen DM plus neun Millionen DM noch früherer Zusagen an Südvietnam können deshalb auch nicht abfließen.

2. Jeder Entwicklungspolitiker muß wissen, daß die Regierung alte Zusagen für finanzielle Zusammenarbeit wie diese 89 Millionen nicht zu humanitären Hilfsprojekten umwandeln darf. Was die Regierung allerdings getan hat: 50 Millionen DM humanitäre Hilfe zuzusagen, zum Teil vorbehaltlich der Zustimmung des Bundestages.

3. Das Angebot echter Entwicklungshilfe, also nicht nur sofortiger humanitärer Hilfe für Projekte mit den Flüchtlingen, wurde bisher von keinem der betroffenen Länder angenommen. Aus dem gleichen Grunde hatte auch der Hohe Flüchtlingskommissar keine Verwendung für unser Angebot.

Alle diese Tatsachen sind Herrn Todenhöfer bekannt. Not und Tod von Menschen als Anlaß zu nehmen, um Verdächtigungen zu verbreiten und seine Profilierungssucht zu befriedigen, ist eines christlichen Politikers wahrhaft nicht würdig!

(-/24.7.1979/ks/10)

+ + +



Späths Gleichberechtigung

Zu den familienpolitischen Initiativen Baden-Württembergs

Von Elfriede Eilers MdB

Parlamentarische Geschäftsführerin der Sozialdemokratischen Bundestagsfraktion

Wir erinnern uns: Das Gesetz zur Einführung eines Mutterschaftsurlaubs, seit dem 1. Juli wirksam, wurde gegen erhebliche Widerstände aus Kreisen der Union durchgesetzt. Das Abstimmungsverhalten von CDU und CSU war alles andere als einheitlich, ein Antrag auf Einführung eines Familiengeldes aus Reihen der CDU wurde nicht einmal von allen Mitgliedern dieses Fraktionsteils, geschweige denn von der CSU unterstützt.

Trotz vieler Störmanöver konnten die Koalitionsfraktionen ihr Versprechen rechtzeitig einlösen: Seit dem 1. Juli 1979 kann jede berufstätige Mutter über die achtwöchige Mutterschutzfrist nach der Geburt eines Kindes hinaus weitere vier Monate zu Hause bleiben. Diese vier Monate sollen der Mutter dazu dienen, sich zu erholen und zugleich dem neugeborenen Kind widmen zu können. Aus Bundesmitteln wird ein Verdienstausschlag bis zur Höhe von 750 DM monatlich ausgeglichen. Damit haben die Kinder berufstätiger Mütter gleichberechtigt mit anderen Kindern, erstmalig die Chance, 1/2 Jahr die volle Zuwendung ihrer Mutter zu erleben.

Dies ist dem baden-württembergischen Ministerpräsidenten Späth ein Verstoß gegen den Grundsatz der Gleichberechtigung - nicht etwa zwischen Männern und Frauen, sondern zwischen berufstätigen und nicht-berufstätigen Müttern. Die baden-württembergische Regierung will daher nicht-berufstätigen Müttern des Landes aus Landesmitteln ab September bei der Geburt eines Kindes 2.000 DM "Familiengeld" zahlen, sofern bestimmte Einkommensgrenzen eingehalten sind.

Die bayerische Staatsregierung spricht kritisch von einem "familienpolitischen Alleingang" (SZ 23. Juli 1979) der Baden-Württemberger. Nun ja, Strauß hatte ja schon in seiner berühmt-berüchtigten Sonthofener Rede vom November 1974 gesagt, daß "für das (Familiengeld) sowieso jede finanzielle Verwirklichungsmöglichkeit auf unabsehbare Zeit überhaupt fehlt". Späth muß wissen, wie er mit seinem Kanzlerkandidaten zurecht kommt.

Wie Baden-Württemberg sein Vorhaben finanziert? Zum Teil auf Kosten der Gleichbehandlung aller Familien des Landes, denn die bisher in diesem Land gewährten Tilgungsnachlässe auf Familiendarlehen bei Geburt eines Kindes werden nun wegfallen, man überlegt, ob in Zukunft dieses Familiendarlehen verzinst werden soll.

So werden die berufstätigen Mütter, die aus Bundesmitteln ein Verdienstausschlaggeld erhalten, durch die Regelung der Landesregierung benachteiligt, wie auch alle anderen jungen Familien, denen durch eventuelle Zinszahlung bei Familiendarlehen und Fortfall der Tilgungsnachlässe das wieder genommen wird, was ihnen vorher gegeben wurde. Man muß seine jeweiligen Argumente nur gut zu verkaufen verstehen.

Wenn das Späths Gleichberechtigung ist...

(-/24.7.1979/ks/

+ + +



Sonthofener Strategie in der Praxis

 CSU-Ärztelfunktionär als Strauß-Visaill

Von Bertold Kamm MdL

Vizepräsident des Bayerischen Landtages

Zwei Vorfälle der vergangenen Woche haben in erschreckender Deutlichkeit gezeigt, was Andersdenkende unter einem möglichen Kanzler Strauß zu erwarten hätten. Sie haben bewiesen, daß die Sonthofener Strategie mehr als je zuvor die "Bibel der CSU" ist und haben das makabre Spiel des "kreidefressenden Wolfes" entlarvt. Sie können als Marksteine für die kommende Auseinandersetzung gelten, die an den Grundfesten der Demokratie rütteln wird.

Der Kanzlerkandidat der CDU/CSU und bayerische Ministerpräsident scheint nämlich der Auffassung zu sein, daß es sich bei der Schwangerschaftsunterbrechung um "brutalen Massenmord" handelt, die "Internationalen Sozialisten ungeborenes Leben töten" und "das, was in unserem Volk passiert, exakt der Weg zurück nach Auschwitz" ist. Strauß hat diese Worte zwar nicht selbst gebraucht, sie stammen von dem Vorsitzenden des gesundheitspolitischen Arbeitskreises der CSU, Dr. med. Hartwig Holzgartner. Aber er und seine Partei haben sich trotz mehrfacher Aufforderung durch Sozialdemokraten, Freie Demokraten und zahlreiche Medien nicht davon distanziert. Über seinen Generalsekretär hörte man auf Anfrage lediglich etwas von "überzogener" und "unglücklicher" Formulierung, er widersetzte sich aber mit keiner Silbe der Unterstellung, daß Strauß und die gesamte CSU genau so denken wie ihr Parteilfreund Holzgartner. Dieser hatte die für die Reform des Paragraphen 218 Verantwortlichen mit den Wegbereitern der Verbrechen an Juden verglichen. Anders dürfte ja wohl Holzgartners Frage nicht auszuliegen sein, "ob nicht in einigen Jahren die Staatsanwaltschaft, so wie es bis heute mit der Verfolgung der Verbrechen an den Juden geschieht, auch diejenigen, die die Abtreibungsgesetze verantworten müssen, zur Rechenschaft ziehen wird". Auch aus CDU-Kreisen war kein distanzierendes Wort zu hören.

Es geht hier weniger um die Sache. Selbstverständlich gibt es unterschiedliche Meinungen. Das gehört auch zum Wesen der Demokratie. Es geht vielmehr um den Stil, um die dema-



gogische Verteufelung des politisch Andersdenkenden. Angst wird geschürt, Konfrontation um den Preis der Demokratie betrieben. Die Sonthofener Richtlinien werden praktiziert.

Strauß selbst darf es nicht erlaubt werden, sich aus der Verantwortung zu stehlen. Seine Doppelstrategie muß aufgedeckt werden. Er wird sich staatsmännisch geben, mit eigenen bekannten Tiraden zurückstecken, er wird sich persönlich kulant zeigen. Schließlich gilt es ja, die Stimmen aus der rechten Mitte zu holen; seine Vasallen aber machen die Schmutzarbeit, sie mobilisieren Vorurteile, sie verbreiten Krisenstimmung, beackern den Boden, den Strauß braucht, um sich als "Retter des Vaterlandes" aufspielen zu können. Unter diesem Aspekt ist der Exzess Holzgartners als der eines Strauß-Vasallen zu werten und daher ein sehr ernstes Signal.

Der zweite Vorgang in der vergangenen Woche zeigt in ebensolcher Deutlichkeit, wie die Maßstäbe innerhalb der CSU verschoben werden. Da veranstalteten die "Falken" in Schweinfurt ein Kinderfest. Ein Jugendlicher klebte auf die Zielscheibe eine Anti-Strauß-Plakette vom vergangenen Landtagswahlkampf. Die Kinder schossen ihre Pfeile ab. Ein sicherlich geschmackloser Vorgang, aber ein Dumme-Jungen-Streich ohne politischen Hintergrund. Die bayerische Staatskanzlei aber sprach prompt von einem "ungeheuerlichen Skandal", die örtliche CSU von einem "Angriff auf die Menschenwürde". Zu Holzgartners Vergleichen war aus der Staatskanzlei natürlich nichts zu hören.

Für eine große bayerische Tageszeitung sieht es so aus, als "habe man den Splitter im Auge des anderen mit Balken im eigenen vertauscht". Tatsächlich: Bei den bayerischen "Christ"-Sozialen ist Rufmord allenfalls in der Formulierung "unglücklich", ein Dumme-Jungen-Streich im Zusammenhang mit Strauß aber eine vom Hofamt offiziell zu rügende Majestätsbeleidigung. (-/24.7.1979/hi/10)

